

# gesund & sozial

www.fgv.at

gesunde

## Betriebsküchen

Initiativen zur Verbesserung der Ernährungssituation

*„Man soll dem Leib etwas Gutes bieten, damit die Seele Lust hat darin zu wohnen.“*

Seite 4



# MAB – Leider nichts Neues

Wenn ich die Stimmen seitens des Gesundheitsministeriums richtig deute, wird sich 2011 nichts mehr tun. Die Bundesländer wünschen noch einige Zugeständnisse, bevor sie dem MAB-Gesetz zustimmen. Außerdem sind in nächster Zeit noch Sitzungen zu einzelnen Berufsgruppen im Ministerium geplant.

## Physio Austria

Physio Austria, der Bundesverband der PhysiotherapeutInnen, feierte sein 50-jähriges Bestehen und die ÖGB/ARGE-FGV für Gesundheits- und Sozialberufe gratulieren aufrichtigste.



Aufgaben und Ziele von Physio Austria sind nicht nur die Interessenvertretung der PhysiotherapeutInnen und die Darstellung dieses wachsenden Berufsstandes in der Öffentlichkeit, sondern auch die Qualitätssicherung insbesondere in der Aus- und Weiterbildung.

## Seminare

Jedes Jahr werden von der ÖGB/ARGE-FGV für Gesundheits- und Sozialberufe vier bis sechs Seminarwochen für Mitglieder der Gewerkschaft der Privatangestellten, der Gewerkschaft öffentlicher Dienst, der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, Kunst, Medien, Sport und freie Berufe und der Gewerkschaft VIDA veranstaltet. Diese Seminare sind für alle Teilnehmer, die aus den nicht ärztlichen Gesundheitsberufen stammen kostenlos und werden als Ser-

viceleistung der an der ÖGB/ARGE-FGV beteiligten Gewerkschaften verstanden. Leider ist eine direkte Anmeldung bei uns nicht möglich, da die freien Plätze an die Gewerkschaftszentralen gemeldet werden und diese dann die Teilnehmer nominieren. Jetzt neu: Verbleibende Plätze, also Restplätze, werden nun auf unserer Homepage, [www.fgv.at](http://www.fgv.at), ausgeschrieben. Somit ist es



möglich, sich selbst direkt einzubuchen. Wenn eine Dienstfreistellung gewünscht ist, muss sich der Seminarteilnehmer mit seiner Gewerkschaft in Verbindung setzen und diese beantragen.

## Wir gratulieren

der diplomierten Gesundheits- und Krankenschwester und Extrembergsteigerin Gerlinde Kaltenbrunner zur Besteigung des K2. Im siebenten Versuch, den für sie letzten Achttausender zu besteigen, ist es ihr gelungen. Sie ist somit die erste Frau, die ohne Hilfe von zusätzlichem Sauerstoff auf allen



**Karl Preterebner**  
Bundessekretär der  
ÖGB/ARGE-FGV für  
Gesundheits- und  
Sozialberufe  
Chefredakteur



14 Achttausendern der Erde gestanden ist. Diese grandiose Leistung ist erst 27 Menschen gelungen.

Für ihre weiteren Unternehmungen »Ich habe noch viele bergsteigerische Ziele. Es werden sich neue Träume auftun.« wünscht ihr die ÖGB/ARGE-FGV alles Gute und viel Glück.

Bedanken möchte ich mich noch für den Leserbrief zu meinem Artikel „Pflegeausbildung“ aus Heft 2/2011.

## Leserforum

### Thema Pflegeausbildung

Sehr geehrter Herr Preterebner, ich bedanke mich für Ihren treffsicheren Artikel „Pflegeausbildung“ in der Zeitschrift „gesund & sozial“, 63. Jahrgang, Heft 2, 2011. Es schmerzt sehr, wenn ein führender Politiker mit dem Statement „Ob sie in ein Schema passt oder nicht, ist uns ziemlich wurscht!“ alle Bedenken zugunsten der Pflegelehre zur Seite räumt.

Hervorragend haben Sie die gesetzlichen Grundlagen herausgearbeitet, warum eine Lehrausbildung in der Pflege abgelehnt werden muss. Eventuell wäre es vorteilhaft, auch die Begründungen, die zu diesen Vorschriften und Übereinkommen führten, anzuführen. Diese wären dann auch für einen Landeshauptmann Sausgruber nicht so leicht zu beugen wie die gesetzlichen Grundlagen. Nochmals vielen Dank und weiterhin gutes Gelingen.

Wolfgang Leeb, Pflegebereichsleiter  
Landes-Nervenambulanz Wagner-Jauregg

Schreiben auch Sie uns Ihre Meinung:  
[karl.preterebner@gdg-kmsfb.at](mailto:karl.preterebner@gdg-kmsfb.at)

# INHALT



Coverstory	<b>Betriebsküchen</b> Orte zur Gesundheitsförderung?!	4
GÖD	<b>Biodiesel statt Nahrungsmittel</b> Die Autos der Reichen fressen das Brot der Armen	7
GPF: dip	<b>Soziale Arbeit ist mehr wert!</b> Auftakt zu einer gemeinsamen Kampagne von vida und der GPA-djp für einen solidarischen Pflegefonds. Pflege und Betreuung müssen nachhaltig abgesichert werden.	8
vida		9
G&S	<b>Sichert die Grundversorgung</b> Gewerkschaft unterstützt die Kommunen	10
	<b>Lohnraub im Sozialsystem</b> Große Last für Beschäftigte in OÖ Krankenhäuser	11
	<b>Porsche kaufen, Skoda zahlen</b> Finanzielle Anerkennung der Fachkräfte bleibt aus	12
	<b>Was braucht das Gesundheitswesen?</b> Wir brauchen Zeit für uns und unsere Patienten	13
Jugend	<b>KA Rudolfstiftung in Wien</b> Interdisziplinäres Ernährungsteam	14
Aktuell	<b>Büchertipps &amp; Termine</b>	15

## Impressum

Herausgeber und Verleger: ÖGB/ARGE-Fachgruppenvereinigung für Gesundheits- und Sozialberufe, Maria-Theresien-Str. 11, 1090 Wien • Chefredakteur: Karl Preterebner, T: 01/313 16-836 63, E: [karl.preterebner@gdg-kmsfb.at](mailto:karl.preterebner@gdg-kmsfb.at) • Redaktionsadresse: ÖGB/ARGE-FGV für Gesundheits- und Sozialberufe, Maria-Theresien-Straße 11, 1090 Wien • Verlags- und Herstellungsort: Wien. ZVR-Nummer: 576439352 • Redaktion/Layout/Grafik: Agentur Steinschütz-Winter, 3420 Kritzensdorf, Hauptstraße 178, T: 02242-28 926, E: [agentur@steinschuetz.at](mailto:agentur@steinschuetz.at) • Anzeigen/Marketing: Fritz Schmalldienst, T: 0664-85 39 721, M: [ufritz@aon.at](mailto:ufritz@aon.at); Gerhard Steinschütz, T: 0650-28 926 00, M: [gerhard@steinschuetz.at](mailto:gerhard@steinschuetz.at)

Für unverlangt eingesendete Manuskripte und Fotos keine Gewähr. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe. Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.

Fotonachweise: Alle Bilder, die nicht extra gekennzeichnet sind, wurden von den Autoren bzw. der ÖGB-ARGE-FGV zur Verfügung gestellt.

**Josef Zellhofer**  
Bundesvorsitzender  
der ÖGB/ARGE-FGV  
für Gesundheits- und  
Sozialberufe



## „Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!“

Vor wenigen Tagen haben sich die Sozialpartner in Bad Ischl getroffen. Der Schwerpunkt war heuer die Auswirkung der demographischen Entwicklung auf Arbeitsmarkt und soziale Systeme.

Nun, die Grafiken sind hinlänglich bekannt, was ist zu tun? Die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und Arbeitsmarktpolitik haben erheblichen Auswirkungen auf fast alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens (Wirtschaft, Sozialsysteme, Wohnen, Verkehr uvm.). Es bedarf einer gezielten Förderung von Wachstum und Beschäftigung. Eine ganz zentrale Rolle wird dabei dem Arbeitsmarkt zukommen. Je besser es gelingt, eine möglichst große Zahl von Menschen aller Altersgruppen in das Erwerbsleben zu integrieren und sie länger im Erwerbsleben zu halten, desto weniger stark wird die ökonomische Abhängigkeitsquote in die Höhe gehen. Es ist wichtig, alle Beschäftigungspotentiale aller Bevölkerungsgruppen zu nutzen (speziell Jugendliche, Frauen, Migrantinnen).

Als Handlungsfelder sehen die Sozialpartner:

- Unterstützung beim Übergang Schule – Beruf
- Längerer Verbleib der Älteren in Beschäftigung
- Schaffung altersgerechter Arbeitsplätze
- Reduktion der hohen Invalidisierungsraten
- Schaffung einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- Bessere Arbeitsmarkt-Integration von Menschen mit Migrationshintergrund
- Reduktion der Arbeitslosigkeit
- Abbau von Qualifikationsdefiziten
- Anpassung von Qualifikationen auf die Nachfrage am Arbeitsplatz

Das österreichische Gesundheitssystem ist nachweislich eines der besten der Welt, aber auch eines der teuersten. Die Gesundheitsausgaben beliefen sich im Jahr 2008 auf rund 10,4% des BIP, die öffentlichen Gesundheitsausgaben lagen bei 6,9% des BIP.

Die Kosten des Pflegesystems können aber begrenzt werden, wenn die ältere Bevölkerung in Zukunft deutlich gesünder ist als ihre Eltern und wenn der Pflegebedarf für jedes erreichte Lebensjahr deutlich sinkt.

Ihr

*Josef Zellhofer*

# Betriebsküchen

Viele Menschen nehmen ihre Mahlzeiten in Betriebskantinen und -küchen ein. Laut Konsumerhebung werden besonders viele Hauptmahlzeiten nicht zu Hause eingenommen. Der „Außer-Haus-Verzehr“ nimmt ständig zu (ca. 4% pro Jahr), wobei ca. 1/3 der gesamten Ernährungsausgaben eines Haushaltes in den Außer-Haus-Verzehr investiert werden. Dadurch hat in vielen Bereichen des täglichen Lebens die Gemeinschaftsverpflegung in großen Betriebsküchen eine wesentliche Bedeutung erlangt. Hinzu kommt verstärkt, dass die Erwartungen an die Betriebsküchen ständig steigen. Gefragt ist ein umfangreiches, abwechslungsreiches, wohlschmeckendes, aber auch oft den individuellen Bedürfnissen (z.B.: eine vom Arzt angeordnete Diät oder die Berücksichtigung von Nahrungsmittelallergien bzw. Unverträglichkeiten) angepasstes Angebot. In Österreich essen mehr als 100.000 Beschäftigte in einer Betriebsküche, wobei im Laufe eines Monats rund 2 Millionen Menüs in Betriebsküchen und -Kantinen verkauft werden. Etwa 100.000 ArbeitnehmerInnen konsumieren täglich ein komplettes Menü. Bei dieser Zahl sind Krankenhaus-, Schul- und Kindergartenküchen noch gar nicht mitgerechnet.

Essen ist ein Teil unserer Kultur und hat einen hohen sozialen Aspekt; damit ist Essen auch ein Stück Lebensqualität. Essen ist aber vor allem lebensnotwendig; wenn wir uns wohlfühlen und gesund bleiben möchten, kommt es auf eine ausgewogene, und oft auch auf eine individuell angepasste Ernährung an. Falsche Ernährung nimmt eine bedeutende Rolle bei der Entstehung von Zivilisationskrankheiten ein. In den Industrieländern gibt es ein deutliches Übergewicht beim Verzehr tierischer Lebensmittel im Vergleich zu pflanzlichen. Das führt zu einer viel zu hohen Zufuhr von Cholesterin, gesättigten Fettsäuren und Purinen und zu einem geringen Konsum von Stärke und Ballaststoffen. Daraus resultieren häufig Krankheiten wie Übergewicht, Bluthochdruck, verschiedene Krebsarten und vieles mehr. Interessant ist, dass auf der

einen Seite das Gesundheitsbewusstsein der Bevölkerung steigt, andererseits aber die Zahl der ernährungsbedingten Krankheiten weiter zunimmt. Es besteht also eine offensichtliche Diskrepanz zwischen Wissen und adäquatem Handeln.

## Man soll dem Leib etwas Gutes bieten, damit die Seele Lust hat, darin zu wohnen ...

Hier setzen moderne und innovative Großküchenprojekte an: Es gibt zahlreiche mit einem gemeinsamen Verständnis des zu erreichenden Zieles, nämlich: Im Bereich der betrieblichen Gesundheitsförderung verhaltens- und verhältnisorientierte Maßnahmen zur Verbesserung der Ernährungssituation in einem Großbetrieb zu setzen. Und es gibt bereits zahlreiche vielversprechende Initiativen und Projekte in Österreich. Zwei davon möchte ich in diesem Artikel beispielhaft für viele andere Vorzeigeprojekte, die selbstverständlich auch im Gesundheits- und Sozialbereich zu finden sind, kurz beleuchten.

### Initiative „Gesunde Betriebsküche“

Die Initiative „Gesunde Betriebsküche“ senkt den Fettanteil um 72%. Sie ist eine Kooperation zwischen Henkel Austria, Wiener Gebietskrankenkasse und Wiener Arbeiterkammer sowie dem Fonds Gesundes Österreich. Hier wurde in einem beispielhaften Projekt die Henkel-Betriebsküche zu einer der gesündesten und beliebtesten Österreichs gemacht, wobei der Kochfettverbrauch pro Essensportion um 72% gesenkt wurde, während die Zahl der angebotenen fettarmen Menüs deutlich gesteigert und die Nachfrage nach gesundem Essen verdoppelt wurde. Es kam also zu einem doppelten Nutzen, nämlich für die MitarbeiterInnen und das Unternehmen. Für das Unternehmen insofern, dass die Arbeitszufriedenheit und die Arbeitsqualität gestiegen sind, ebenso, dass es zu einer Verbesserung des Betriebsklimas kam.

## Orte zur Gesundheitsförderung?!

Gesunde Ernährung ist zweifellos ein wichtiger Beitrag zum körperlichen Wohlbefinden und neben Bewegung der wichtigste Beitrag zu einem gesunden Leben.

Andrea Wadsack

Die Senkung der Krankenstände und der Personalfuktation sowie die Steigerung der Arbeitsproduktivität können messbare Erfolge betrieblicher Gesundheitsförderung sein.

Für die MitarbeiterInnen ist neben der Senkung der Arbeitsbelastung und der Verringerung der gesundheitlichen Beschwerden, eine Steigerung des Wohlbefindens und der Arbeitszufriedenheit sowie eine Verbesserung des Betriebsklimas möglich, das bedeutet in Summe: eine höhere Lebensqualität!

Credowar: Der Weg zur gesunden Küche geht nur über genaue Planung und zielgerichtete Maßnahmen – am Anfang stand eine IST-Analyse, danach wurden folgende, notwendige Maßnahmen gesetzt:

- Systematische Reduktion des Kochfettes
- Kennzeichnung der Menüs nach ihrem Nährwert und Fettgehalt
- Schulungen des Küchenpersonals
- Offensive Kommunikation der Maßnahmen und Veränderungen innerhalb des Betriebes
- Die Durchführung von Gesundheitstagen mit individueller Beratung und Körperfettmessung
- Veranstaltung eines Rezeptwettbewerbes
- Durch eine wissenschaftliche Evaluation konnte der beeindruckende Erfolg des Projektes greifbar gemacht werden: Der Fettverbrauch wurde pro Essen um 72% gesenkt!

Durch das Projekt konnte gezeigt werden, dass positive Veränderungen nachhaltig sein können, wenn die Betroffenen selbst entscheiden, welche Maßnahmen wann gesetzt werden. So konnten die Änderungen Teil der Alltagsroutine der handelnden Personen mit all den positiven (gesundheitlichen) Auswirkungen werden.

Das Projekt samt seiner Dokumentation kann als „model of good practice“ für andere Betriebe dienen.



Nähere Infos und Folgeprojekte unter: [www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20030612\\_OTS0086/gesunde-betriebsküche](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20030612_OTS0086/gesunde-betriebsküche)

### Projekt „Genusland Oberösterreich“

Einen anderen Zugang, der aber ebenso beachtenswert ist, finden wir beim zweiten beispielhaft angeführten Projekt, nämlich beim erfolgreichen „Genusland Oberösterreich“, bei dem in ausgewählten Betriebsküchen Schwerpunktwochen mit heimischen Lebensmitteln angeboten werden. Die Verwendung regionaler Lebensmittel steht für Frische und Qualität, schon durch kurze Transportwege das Klima, kann aber parallel dazu auch im Sinne von Tourismuswerbung betrachtet werden. Landesrat Stockinger hat in OÖ das Netzwerk Ernährung in Leben gerufen ([www.gast.at](http://www.gast.at); Genuslandwochen in Oberösterreich). Und Manfred Ahoner, Küchenleiter der AUVA in Linz und Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft Großküchen Österreichs, äußerte einen absolut richtigen Gedanken nämlich: „Gesunde Ernährung bedeutet Wertschätzung für MitarbeiterInnen, der Einsatz hochwertiger Le-

bensmittel, ein ausgewogener Speiseplan und ein gesundes Kochen sind in vielen Betriebsküchen ein besonderer Ausdruck der Wertschätzung den MitarbeiterInnen gegenüber“ (nähere Infos unter [www.genusland.at](http://www.genusland.at)). Also, hoffen wir, dass diese Meinung Allgemeingut bei DienstgeberInnen bzw. Arbeitgebern und bei allen, die das Geschehen in Gemeinschaftsküchen zu verantworten haben, wird.

### „Dosis macht das Gift“

In der Zwischenzeit müssen sich all jene, die keine Möglichkeit haben, in einer (gesunden) Betriebsküche ihre Hauptmahlzeit einzunehmen, selbstverantwortlich verpflegen und unter Einhaltung grober Ernährungsrichtlinien ist es auch gar nicht so schwer, „gesunde Ernährung“ in den Alltag zu integrieren, denn, wie schon Paracelsus sagte: „Die Dosis macht das Gift“. In diesem Sinne abschließend die wichtigsten Ernährungstipps der ErnährungsexpertInnen bzw. DiätologInnen, die relativ leicht in den Alltag eingebaut werden können:

- alles ist erlaubt
- es kommt auf die Menge an
- und wie oft bestimmte Lebensmittel gegessen werden
- es gibt keine gesunden oder ungesunden Lebensmittel!

Von der täglichen Energieaufnahme sollte Ihre Nahrung aus

**55 % Kohlenhydraten**  
**30 % Fett**  
**15 % Eiweiß**

bestehen. Das bedeutet in der Praxis (siehe auch Abbildung):

- max. 2 – 3 kleine Fleischportionen pro Woche oder ersatzweise Wurst
- mind. 1x wöchentlich Fisch
- ausreichend Obst (2x täglich)
- täglich 2x Gemüse und 1x Salat
- täglich ein Milchprodukt
- ausreichend Trinkflüssigkeit (1,5 l)

# Gesunde Ernährung ist ein großes Anliegen der AKH-Küche

Andreas Rigler

Das Betriebsrestaurant des AKH bietet mit 1.200 Sitzplätzen auf knapp 2.400 m<sup>2</sup> ungefähr 9.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Möglichkeit, den Mittagstisch zu einem von der Personalvertretung des AKH gestützten Preis einzunehmen. Das Angebot umfasst täglich bis zu 5 Hauptspeisen, wobei auch auf Vegetarier Rücksicht genommen wird, indem eine vegetarische oder süße Speise zur Auswahl steht.

Zusätzlich bietet das Betriebsrestaurant zweimal wöchentlich kleine Speisen, wie Gemüseintopf, Gulasch- oder Bohnensuppe sowie täglich mehrere frische Salate aus unserer Salatbar und frisches Obst. Die stetige Erhöhung des Bio-Anteils ist der Leitung der AKH-Küche ebenfalls ein großes Anliegen. Die frisch zubereiteten Salate werden immer den Jahreszeiten entsprechend angepasst. Ein besonderes Augenmerk wird auf den Einkauf von Lebensmitteln aus heimischen Regionen, wie Kartoffeln, Traubensaft oder Gemüse gelegt.

In den Sommermonaten sind die kalten Speisen zu den heißen Temperaturen besonders beliebt. Die Spitzenreiter unter den erfrischenden Gerichten sind griechischer Bauernsalat, Schweizer Wurstsalat sowie der Thunfischsalat mit reichlicher Garnierung.



Ein weiteres Highlight bietet die Bistro-light Speise für besonders ernährungsbewusste MitarbeiterInnen, wo, wie der Name schon sagt, leichte Gerichte mit vielen Salaten mit Huhn oder Fisch zur Auswahl stehen.

Der Speiseplan für die folgenden 5 Tage ist im AKH-Intranet für alle EssensteilnehmerInnen einsehbar. Dort sind diverse Nährwertangaben, wie Kohlenhydrate, Eiweißgehalt oder Kilokalorien, angeführt. Für jene, die keine Möglichkeit zu einem EDV-Zugriff haben, wird der Plan im Betriebsrestaurant zur freien Entnahme bereitgestellt.

Es kann aus verschiedensten Gründen zur Abkühlung der Speisen kommen, für diese Fälle stehen drei Mikrowellenherde zur freien Verfügung, um die Speise nochmals wärmen zu können.

Um den Durst stillen zu können, steht für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Getränkebar (Postmixanlage) sowie in Flaschen erhältliche Erfrischungsgetränke in Bio-Qualität und drei Trinkbrunnen mit Wiener Hochquellwasser bereit.

Die Leitung der AKH-Küche ist immer auf Abwechslung im Speiseplan bedacht und plant mehrmals im Jahr Speisen zu speziellen Themen ein. Beispiel: Wildwochen, Ganslessen oder Oktoberfest.

Aus Sicht der Küchenleitung ist eine ausgewogene Ernährung einer der wichtigsten Schlüssel zu Wohlbefinden und Gesundheit. Aus diesem Grund gewinnt das Thema „gesunde Ernährung“ in der Gemeinschaftspflege immer mehr an Bedeutung. Unser Arbeitsleben ist schnelllebig geworden und die Anforderungen an die MitarbeiterInnen sind gewachsen. Neben geballtem Fachwissen und hoher Eigenmotivation bietet eine gesunde Ernährung die idealen Voraussetzungen für mehr Arbeitsleistung am Arbeitsplatz.

Aufgrund dessen sind wir bestrebt, immer wieder neue Rezepturen zu entwickeln, in denen Geschmack und Gesundheit kein Gegensatz sind. Durch unsere „Aktionswochen“ wollen wir das Bewusstsein der MitarbeiterInnen für gesunde Ernährung erhöhen.

# Biodiesel statt Nahrungsmittel

Johann Hable

Viele Jahre sind die Lebensmittelpreise relativ stabil geblieben, jetzt steigen sie jedoch stark an. Mais, Weizen und Reis wurden um 180% teurer. (Reis um 75%, Weizen um 120%). Laut OECD und FAO wird dieser Trend auch zukünftig anhalten. Fleisch, vor allem Geflügel, wird im kommenden Jahrzehnt um 30% teurer, Mais, Zucker und pflanzliche Öle um 20%. Grund für diese Entwicklung ist die erhöhte Nachfrage aus Schwellenländern, die einer Verknappung der Ackerflächen gegenübersteht – vor allem wegen des stärkeren Anbaus von Biosprit. Immer mehr Getreide landet in Autotanks statt auf den Tellern. Die gestiegene Nachfrage nach Biotreibstoffen – bedingt durch den hohen Ölpreis und die zunehmende Umweltproblematik – bewirkt, dass landwirtschaftliche Anbauflächen, die ursprünglich für die Nahrungsmittelproduktion genutzt wurden für Energiepflanzen zur Erzeugung von Biosprit verwendet werden. SpekulantInnen heizen die Situation zusätzlich an. Diese treiben bei den Nahrungsmittelpreisen genauso ihr Unwesen wie bei den Banken.

Daher vertreten wir die Ansicht, dass die Umwandlung von Flächen für Nahrungsmittelproduktion in Flächen, die für Biokraftstoff bereitgestellt werden sollen, ein Verbrechen an der Menschheit ist. Laut Greenpeace wird für eine Tankfüllung Ethanol Getreide benötigt, von dem ein Mensch ein ganzes Jahr leben kann.

Gegen diese menschenverachtenden Maßnahmen, die zum Ziel haben, den Wohlhabenden alles und den Ärmeren nicht einmal das Notwendigste zur Stillung des Hungers zu geben, ist anzukämpfen. Die Vorstellung, dass Menschen hungern müssen, weil ihre Anbauflächen zum Anbau von Rohstoffen für Biodiesel der Industriestaaten genützt werden, muss uns wachrütteln. Es darf nicht so sein, dass die Autos der Reichen das Brot der Armen fressen. Unabhängig von der christlichen Verantwortung gilt es auch aus politischer Sicht zu warnen. Denn ein Blick in die Geschichte und auch aktuell in andere Länder unserer Zeit zeigt, dass aus Hungerunruhen sehr schnell politische Unruhen werden.

# 120 Jahre Christliche Soziallehre

Johann Hable

Am 15. Mai 1891 nahm Papst Leo XIII. mit der ersten Sozialenzyklika „Rerum Novarum“ umfassend Stellung zur sozialen Frage und legte damit den Grundstein für die „Christliche Soziallehre“, welche auf vier Grundsätzen beruht:

- ein JA zur Industriegesellschaft
- ein JA zur Industriegesellschaft
- ein JA zum Sozialstaat
- ein JA zu einer neuen Werte- und Pastoralkultur

Diese vor 120 Jahren getroffenen Grundsatzentscheidungen legten die Marschrichtung für die „Christliche Soziallehre“ fest, die heute noch gültig ist und genauso viele Themen hat:

Armutsbekämpfung, Jugendarbeitslosigkeit, Langzeitarbeitslosigkeit, Obdachlose, Alleinerzieher usw.

Auch im Pflegebereich verdienen KollegInnen oftmals zu wenig, um davon leben zu können. Nur Zweitberufe sichern dieser Personengruppe ein halbwegs ausreichendes Einkommen. Die Altenfrage, insbesondere die wachsende Pflegebedürftigkeit der Menschen, braucht dringend eine Lösung. Christlich sozial ist es, nicht zuzuwarten, sondern bedarfsorientiert für die Bürgerinnen und Bürger zu handeln. Schließlich sind wir Menschen und keine Maschinen und brauchen Lob, Anerkennung und Wertschätzung.

Johann Hable  
stellvertretender  
Bundesvorsitzender  
der ÖGB/ARGE-FGV für  
Gesundheits- und  
Sozialberufe



„Freude kommt auf!

Es ist großartig, den jungen Menschen die Chance zu geben, sozial tätig zu werden, um sich zu orientieren, ob ein Gesundheits- und Sozialberuf für sie geeignet ist. Sie erlernen die notwendigen Fähigkeiten im Umgang mit Menschen mit Beeinträchtigungen und auch die eigene persönliche Entwicklung wird gefördert.

Seit 1997 bietet das Land Oberösterreich Jugendlichen die Möglichkeit einer freiwilligen sozialen Tätigkeit, das „Berufsorientierte Sozialjahr“ an. Die Dauer beträgt zehn Monate und richtet sich an junge Menschen, die sich für den sozialen Bereich interessieren bzw. beabsichtigen, künftig im Sozialbereich zu arbeiten oder später eine entsprechende Ausbildung zu absolvieren. Den Jugendlichen wird die Chance geboten, die eigene Persönlichkeit zu entwickeln, sowie in der Lebens- und Berufsorientierung einen großen Schritt nach vorne zu machen. Angeboten wird die Tätigkeit an den Landespflege- und Betreuungszentren Schloss Haus in Wartberg, Schloss Gschwendt in Neuhofer/Krems, Schloss Cumberland in Gmunden, in Christkindl sowie in den Landeskind- und Jugendwohnheimen des Landes. Dieses „Schnupperangebot“ haben seither mehr als 500 Jugendliche angenommen und das Interesse wird immer größer. Im Vergleich zu 2005/2006 ist die Anzahl der Teilnehmer heuer um 50% gestiegen. Die Jugendlichen sind unfall-, kranken- bzw. pensionsversichert und erhalten ein Taschengeld von rund 400 Euro brutto. Für das Berufsorientierte Sozialjahr 2011/2012 gibt es bereits 50 Bewerber. Weitere Interessenten können sich jederzeit bei der Abteilung Personal-Objektivierung des Amtes der Oberösterreichischen Landesregierung bewerben.





**Martha Fleschurz**  
stellvertretende  
Bundesvorsitzende  
der ÖGB/ARGE-FGV  
für Gesundheits- und  
Sozialberufe

# Pflege und Betreuung nachhaltig absichern

Eine außerparlamentarische Enquete in Wien bildete den Auftakt für die gemeinsame Kampagne von vida und der GPA-djp für einen solidarischen Pflegefonds.



**Willibald Steinkellner**  
stellvertretender  
Bundesvorsitzender  
der ÖGB/ARGE-FGV  
für Gesundheits- und  
Sozialberufe

## „Ausdauer führt zum Ziel

Der Einsatz der Gewerkschaften und der BetriebsrätInnen für die ausreichende Finanzierung der Sozial- und Gesundheitsdienste, um sowohl die Qualität der Pflegeleistungen abzusichern als auch die Arbeitsbedingungen zu verbessern, war nicht vergebens. Durch die Aktionen und den öffentlichen Druck in den letzten Monaten haben wir einen wesentlichen Beitrag geleistet, dass an diesem Thema heute wirklich niemand vorbei sehen kann.

Soziale Arbeit ist mehr wert! Unter diesem Motto sind vida und GPA-djp seit rund drei Jahren gemeinsam aktiv. Das Ziel: Bessere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten und mehr Geld aus öffentlichen Mitteln für Pflege und Betreuung. Rund 200 TeilnehmerInnen, großteils BetriebsrätInnen aus dem Sozialbereich, kamen am 19. September in Wien zu einer Enquete zusammen. Sie zogen Bilanz über bisher Erreichtes und waren sich einig, dass es nötig ist, weiter Druck zu machen.

## Zwischenerfolg

Als wichtigen Erfolg bezeichnete Wolfgang Katzian, Vorsitzender der GPA-djp, bei der Eröffnung der Enquete den Pflegefonds, den Politiker aus Bund, Länder und Gemeinden heuer zur Überbrückung bis 2014 beschlossen haben. Dadurch fließen 685 Millionen Euro mehr als ursprünglich vorgesehen in Pflege und Betreuung. „Der Druck und das Engagement von tausenden KollegInnen hat erste Früchte getragen“, erklärte Katzian.

## Zeit drängt

Dass in Zukunft weit mehr Geld für Pflege und Betreuung aufgebracht werden müsse, machte Willibald Steinkellner, stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft vida, klar. „Die Statistik Austria geht in ihren Prognosen davon aus, dass sich die Zahl der über 65-Jährigen in vielen Regionen in den nächsten 20 Jahren verdoppeln wird“, sagte Steinkellner. „Wenn wir für die Zukunft ein flächendeckendes Angebot an professioneller Pflege und Betreuung schaffen wollen, müssen wir jetzt mit dem Ausbau beginnen“, verlangte Steinkellner.

## Am Limit

BetriebsrätInnen aus den verschiedenen Bundesländern erzählten bei der Enquete



Symbolbild Fotolia/Giles Lougassi

über den harten Alltag der Beschäftigten. Die Wienerin Hildegard Wichra-Zack berichtete über die geteilten Dienste, die die MitarbeiterInnen im mobilen Bereich belasten und das Problem, dass meist nur Teilzeitjobs angeboten werden. „Eine Alleinerzieherin mit Kind kann davon nicht leben“, so Wichra-Zack.

## Schelte für Länder

Gegen die herrschende „Kühlschrank-Politik“ wandte sich Christine Walenta aus der Steiermark. Man könne nicht laufend Budgets einfrieren und dann verlangen, dass für die knappen Mittel immer mehr Leistung erbracht wird. Valid Hanuna, Betriebsrat aus Kärnten, verlangte, dass das amtliche Kilometergeld auch im Sozialbereich gelten müsse. Kajetan Uriach von der vida-Landesorganisation Salzburg kritisierte, dass sich die Länder als größte Auftraggeber teils als Lohndumper betätigen. Martha Fleschurz aus Oberösterreich warnte davor, zu glauben, mit einem Lehrberuf Pflege den Personalmangel lösen zu können. „Die Arbeit mit alten, kranken, dementen und sterbenden Menschen erfordert geistige Reife und eine gute Ausbildung. Deshalb ist gesetzlich das Mindestalter für Pflegeberufe mit 17 Jahren festgelegt – und das soll auch so bleiben.“

Martina Fassler / Eva Scherz

Erbschaftssteuer speist. Zusätzlich sollen BezieherInnen besonders hoher Einkommen durch höhere Spitzensteuersätze einen kleinen Beitrag in den Pflegefonds leisten. Bei den bestehenden Steuern auf gesundheitsschädliche Produkte wie Alkohol und Tabak verlangen vida und die GPA-djp die Zweckwidmung eines Teiles der Einnahmen für den Pflegefonds.

## Zuspruch

Von den TeilnehmerInnen an der Enquete wurde das Modell durchwegs begrüßt. „Es ist ungerecht, dass dem Einzelnen bei Pflegebedürftigkeit sein Vermögen abgenommen wird. Besser ist es, alle leisten solidarisch einen Beitrag und wir schaffen dafür ein System, das gute Pflege und Betreuung und faire Einkommen für die Beschäftigten garantiert“, brachte es eine Teilnehmerin auf den Punkt. Sie unterzeichnete noch vor Ort die Online-Petition zur Umsetzung des solidarischen Pflegefonds. ■

## Lösung liegt am Tisch

vida und die GPA-djp präsentierten ihr Modell für eine solidarische Pflegefinanzierung. Das Modell sieht die Schaffung eines Pflegefonds in der Höhe von rund zwei Milliarden Euro vor, der sich hauptsächlich aus Vermögenssteuern und einer reformierten

## „Wir zählen auf Sie

Die Zahl der über 65-Jährigen wird sich in vielen Regionen Österreichs in den nächsten 20 Jahren verdoppeln. Unsere Gesellschaft altert. Selbst wenn mehr Menschen länger im Alter gesund bleiben, wird der Bedarf an professioneller Pflege und Betreuung steigen. **Weniger Angehörige da.** Derzeit werden rund 80% der pflege- und betreuungsbedürftigen Menschen informell gepflegt: also innerhalb der Familie, meist durch weibliche Verwandte. Weil die Zahl der Singlehaushalte steigt, die Zahl der Kinder abnimmt und Frauen heute häufiger berufstätig sind als früher, wird die Betreuung durch Angehörige abnehmen. **Jetzt handeln.** Diese Fakten erfordern massive Investitionen in die Pflege und Betreuung. Auch die dringend nötige Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in Pflege und Betreuung kostet Geld. vida und die GPA-djp haben deshalb ein Modell für die nachhaltige Finanzierung der Pflege und Betreuung erarbeitet.

**Unsere Grundsätze.** Wir wollen, dass alle einen Beitrag zur Pflegefinanzierung leisten. Dabei müssen die Reichen den größeren Anteil übernehmen. Deshalb bilden die Vermögens- und die Erbschaftssteuer den Kern unseres Modells. Dafür soll der Vermögensentzug im Fall der Pflegebedürftigkeit sowie der Angehörigenregress abgeschafft werden. **Unterstützen Sie uns.** Wir fordern die verantwortlichen PolitikerInnen zum Handeln auf. Mit einer E-Mail- und Unterschriftenaktion, die an die Landeshauptleute und die Nationalratsabgeordneten gerichtet ist, wollen wir Druck machen, damit unser Pflegefonds-Modell verwirklicht wird. Dabei zählen wir auf Sie. Fordern Sie mit uns „Ihre“ PolitikerInnen zum Handeln auf. “

## Information

### Machen Sie mit!

Sie sind im Sozialbereich beschäftigt? Sie haben Angehörige, die auf Betreuung zuhause angewiesen sind? Sie wollen selbst im Alter gut versorgt werden? vida und die GPA-djp kämpfen für die solidarische und nachhaltige Finanzierung von Pflege und Betreuung. Helfen Sie mit, dass unser Vorschlag verwirklicht wird.

**Online-Aktion.**  
Klicken Sie einfach auf [www.vida.at](http://www.vida.at)

oder [www.gpa-djp.at](http://www.gpa-djp.at) das Bild „Soziale Arbeit ist mehr wert!“ an. Hier finden Sie einen vorformulierten Vorschlag für Ihr E-Mail und für jedes Bundesland die zuständigen PolitikerInnen. Klicken Sie sich ein, wählen Sie Ihr Bundesland aus und lassen Sie Ihren Landeshauptmann und Ihre Abgeordneten wissen, dass Ihnen die Sicherstellung von Pflege und Betreuung ein Anliegen ist.



Ausdauer  
+ Geduld  
+ Hingabe  
-----  
Ziel

Ein erster Erfolg hat sich eingestellt: Für die Jahre 2011 – 2014 gibt es einen Pflegefonds, der für die Finanzierung von Sachleistungen zur Verfügung steht. Uns ist aber auch klar, dass dies für eine langfristige Absicherung nicht reichen wird. Das gemeinsam von GPA-djp und vida ausgearbeitete Pflegemodell zeigt auf, wie man Pflege und Betreuung in Zukunft ausbauen sowie nachhaltig und solidarisch finanzieren kann. Und wir, BetriebsrätInnen und Gewerkschaften, werden dafür sorgen, dass darüber auch in den nächsten Wochen und Monaten noch einiges von uns zu lesen und zu hören sein wird. “

# Sichert die Grundversorgung!

Gewerkschaft startet Gemeinderesolution zur Unterstützung der Kommunen



Eine neue Initiative fordert die Sicherung der kommunalen Grundversorgung. Bürgermeister in ganz Österreich sind zur Unterschrift eingeladen. Eine stetig wachsende Zahl der 2.357 österreichischen Gemeinden gerät in finanzielle Schwierigkeiten. Fast jede dritte Kommune scheint mittlerweile von der Pleite bedroht. Hauptproblem: Den Kommunen wurden in den vergangenen Jahren immer mehr Aufgaben übertragen, gleichzeitig stehen ihnen aber immer weniger Mittel zur Verfügung. Was explodiert, sind vor allem die Ausgaben für Sozialleistungen. Hier belastet in erster Linie die Pflege die Gemeindekassen immer stärker, ebenso die Ausgaben für die Spitäler. Exakte Zahlen nennt die Prognose des Zentrums für Verwaltungsforschung (KdZ): Allein die Budgetposten in diesen Bereichen werden in den kommenden drei Jahren um fast eine Milliarde Euro zunehmen. Die Schulden der Gemeinden steigen dementsprechend an. Mehr als elf Milliarden Euro haben sie im Jahr 2009 bereits getragen, das sind um 20 Prozent mehr als zur Jahrtausendwende. Sieben von zehn Gemeinden sind bereits verschuldet, freie

Mittel für Investitionen gibt es seit 2009 in Summe keine mehr. Dabei sind öffentliche Dienstleistungen ein wesentlicher Bestandteil des österreichischen Wirtschafts- und Sozialsystems. Die Städte, Gemeinden und Gemeindeverbände spielen bei der Erbringung von Dienstleistungen zur Abdeckung kollektiver Bedürfnisse und Interessen eine bedeutende Rolle. Darüber hinaus hat sich die öffentliche Hand, hier vor allem die Kommunen, bei der Abfederung der Finanz- und Wirtschaftskrise hervorgetan. Schon bisher hat die kommunale Ebene versucht, ihrer verschärften finanziellen Lage durch Verwaltungs- und Personaleinsparungen zu begegnen. Da weitere Effizienzsteigerungen über Einsparungen kaum mehr realisierbar sind, stehen Leistungseinsparungen für die Bevölkerung im Raum. Notwendig ist daher eine verteilungsgerechtere und breitere Finanzierung der Staatsausgaben

## Information

Weiter Informationen:  
[www.kommunale-grundversorgung-sichern.at](http://www.kommunale-grundversorgung-sichern.at)  
[www.gdg-kmsfb.at](http://www.gdg-kmsfb.at)

durch den Ausbau vermögensbezogener Steuern.

### Neue Initiative Gemeinderesolution

Die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten - Kunst, Medien, Sport, freie Berufe (GdG-KMSfB) hat gemeinsam mit der Allianz »Wege aus der Krise« die Initiative ergriffen: Eine Gemeinderesolution fordert ausreichende Finanzierung der Gemeinden und Maßnahmen zur Absicherung der kommunalen Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger. BürgermeisterInnen in ganz Österreich sind dazu aufgerufen, diese Petition mit ihrer Unterschrift zu unterstützen oder ihren GemeinderätInnen zum Beschluss vorzulegen. Mit den aus diesen Maßnahmen resultierenden Einnahmen bzw. frei werdenden Mitteln sollen zahlreiche gesellschaftlich wertvolle Arbeitsplätze in den Bereichen Bildung, Gesundheitsversorgung, Altenpflege, Kinderbetreuung, erneuerbare Energien, öffentlicher Verkehr, thermische Gebäudesanierung und Gemeindedienstleistungen finanziert werden. ■

## Oberösterreich

# Lohnraub der Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialsystem

Branko Novakovic

Nachdem die Regierung nicht in der Lage ist, sich auf die Einführung der dringend notwendigen Maßnahmen für die Sanierung der Staatsfinanzen zu einigen, wie z.B. Vermögenssteuer oder Finanztransaktionssteuer, greifen manche Landesregierungen nach erprobten Mitteln, um ans Geld heran zu kommen. Sie nehmen es demjenigen aus der Tasche, der sich am wenigsten wehren kann und dem sie am leichtesten ein Verständnis für die „Notwendigkeit“ des Lohnverzichts einreden können – dem Öffentlichen Dienst. Die Landesregierung in Oberösterreich plant in der Zeit, in der diese Zeilen geschrieben werden, einen Lohnraub der Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialwesen in OÖ.



Sollte der Gehaltsabschluss auf der Bundesebene 3% betragen, was durchaus zu erwarten ist (oder sogar mehr), würde das für diese Kolleginnen und Kollegen nur 2% bedeuten.

Ein Prozent, Monat für Monat bis ans Lebensende, denn dieser Verlust wirkt nachhaltig und pensionsmindernd. Insbesondere werden sich die Beschäftigten in OÖ Krankenhäuser auf bevorstehenden Lohnraub „freuen“, weil sie jetzt schon die große Last der Spitalsreform tragen müssen. Die ÖGB/ARGE-FGV OÖ lehnt im Namen aller Berufsgruppen, die sie vertritt, die geplante Mindervalorisierung entschieden ab und unterstützt die Petition der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten. Tausende von Unterschriften wurden der Politik noch vor der Landtagsitzung am 29. September übergeben. Wie die Landtagsabgeordnete und Parteien auf den drohenden massiven Verlust der Wählergunst reagieren, bleibt abzuwarten. ■

# Stress am Arbeitsplatz

Mag.<sup>a</sup> Marina Gottwald

Psychotherapeutin  
 (Verhaltenstherapeutin)  
 Klinische und Gesundheitspsychologin



Schon längst zeigen die Zahlen, dass psychische Probleme am Arbeitsplatz zu langen Krankenständen und Fehlzeiten führen auch bis zum Ausstieg der betroffenen Personen. Das verursacht langfristig hohe Kosten. Bereits die Zahl der Invaliditäts-Pensionen nimmt drastisch zu und dabei werden die betroffenen Personen immer jünger. Hauptursache dabei sind Stress, Depression, Überforderung und Burnout. Bekannt ist auch, dass frühzeitige Hilfe durch ExpertInnen einen langen Leidensweg ersparen kann. Medizinisch alleine lassen sich jedoch psychische Erkrankungen nicht bewältigen. Ein Ineinandergreifen und die Zusammenarbeit multiprofessioneller Fachkräfte erscheint als einzig sinnvoll. Den Kassen ist dieser Zugang einer ganzheitlichen Behandlung wohl bewusst, aber aus finanziellen Engpässen kann sie den steigenden Bedarf nicht decken. So bleibt den Betroffenen nur das Wahlarztprinzip und ist für viele oft nicht leistbar.

In jüngster Gegenwart erkennt die Privatwirtschaft den Eigennutzen, selber in die Gesundheit ihrer MitarbeiterInnen zu investieren, damit Krankenstände verhindert bzw. verkürzt werden und ein frühzeitiger Ausstieg nicht stattfindet. Eingeschultes Personal, das unter starkem Leistungsdruck steht und viel Verantwortung trägt, ist nicht leicht ersetzbar und so ist die Investition in Prävention der Gesunderhaltung ein geringeres finanzielles Übel. Jetzt werden viele Betriebe sich angesprochen fühlen und denken „das passiert schon lange – das ist ein alter Hut!“ Was hier aber gemeint ist, ist eine individuelle Behandlung durch Psychotherapie. Allgemeine Schwerpunktseminare (wie z. B. „Umgang mit Stress am Arbeitsplatz“) sind ideal zur Psychoedukation und zur Entwicklung eines Problembewusstseins. Jeder Mensch ist einzigartig und hat sein eigenes individuelles Bedingungsmodell und es bedarf darüber

hinaus manchmal maßgeschneiderter Maßnahmen. Neuerdings bieten mittlerweile zwei Betriebe in Oberösterreich ihren MitarbeiterInnen die Möglichkeit einer 10-stündigen Behandlung bei niedergelassenen PsychotherapeutInnen der eigenen Wahl an. Die Kosten der ersten zehn Stunden werden vom Betrieb getragen. Wenn die betroffene Person die Behandlung fortsetzen will, muss sie ab da die Kosten selber übernehmen. So wird die Verantwortung für die Erhaltung der eigenen Gesundheit und Erhaltung der Arbeitsfähigkeit geteilt und alle Beteiligten können (gesundheitlich und finanziell) profitieren. Wünschenswert wäre, wenn mehr Betriebe auf diesen Zug aufspringen und dem Vorzeigebispiel folgen. ■



**Silvia Franzelin**  
Vorsitzende der ARGE-FGV für Gesundheits- und Sozialberufe Landesvorstand Tirol

## Porsche kaufen, Skoda zahlen

Beatrix Eiletz

Wer in einem Autohaus einen Porsche kauft, dann den Preis für einen Skoda zahlt und schließlich mit dem Porsche davonfährt, hat sich strafbar gemacht. Ob als Betrüger oder als Dieb mag der Richter oder die Richterin entscheiden, auf jeden Fall handelt es sich um einen Straftatbestand.

Wer als Dienstgeber im Sozialbereich eine höher qualifizierte Arbeitskraft beschäftigt, dieser aber das Gehalt einer minder qualifizierten Arbeitskraft bezahlt, ist in moralischem Sinn sicher nichts anderes als oben beschriebener Autokäufer. Der Unterschied ist jedoch, dass er strafrechtlich überhaupt nicht verfolgt wird und arbeitsrechtlich viel zu oft mit dieser Masche durchkommt.

Die Gewerkschaft und die Betriebsrätnnen haben immer wieder gefordert und tun das noch immer, dass im Sozialbereich Schienen für eine bestmögliche Ausbildung mit entsprechender Anerkennung gelegt werden. Diese Schienen wurden nunmehr mit dem neuen Sozialberufegesetz durch die Einführung der Berufe Heimhilfe, Fachsozialbetreuer und Dipl. Fachsozialbetreuer gelegt, allein die Anerkennung – jedenfalls in finanzieller Hinsicht – bleibt nur allzu oft aus. Der Beruf des/der Fachsozialbetreuers/betreuerin wird nur in den seltensten Fällen in der Altenbetreuung auch der Qualifikation entsprechend bezahlt. Was umso schäbiger ist, als sich die MitarbeiterInnen diese Ausbildung meist selbst bezahlen und sie in ihrer Freizeit absolvieren.

### Aber warum ist das so?

Sicher nicht wegen eines mangelhaften Kollektivvertrages. Der BAGS-Kollektivvertrag hat auf das Sozialberufegesetz sofort reagiert und den Beruf des Fachsozialbetreuers verankert. Dennoch ist Fakt, dass FachsozialbetreuerInnen meist nur wie PflegehelferInnen bezahlt werden. Das geschieht entweder, weil Fachsozialbe-

treuerInnen von vorne herein nur als PflegehelferInnen angestellt werden, oder weil Dienstgeber die höher qualifizierten MitarbeiterInnen zwar als FachsozialbetreuerInnen anstellen, aber nur als PflegehelferInnen bezahlen.

Ersteres ist nur zu verhindern, wenn die einzelnen qualifizierten KollegInnen keine minderen Dienstverträge unterschreiben oder – was wohl Wunschenken bleibt – Dienstgeber keine derartigen Verträge vorlegen. Verbieten kann auch einer Akademikerin niemand, dass sie einen Dienstvertrag als Raumpflegerin unterschreibt. Ob derartige Dienstverhältnisse in beiderseitigem Ein-



Foto: Eisenhans - Fotolia.com

vernehmen zustande kommen, hängt vor allem vom Druck am Arbeitsmarkt ab. Die moralische Qualität des Ausnützens einer Notlage, um den gerechten Lohn nicht zahlen zu müssen, liegt ohnehin auf der Hand. Über die moralische Dimension hinaus geht der glatte Rechtsbruch eines Dienstgebers, der seinen Beschäftigten nicht den Lohn zahlt, der ihnen auf Basis ihres Dienstvertrages zusteht. Wenn jemand als FachsozialbetreuerIn angestellt ist, muss auch der entsprechende im KV vorgesehene Lohn bezahlt werden.

Allerdings gilt auch in diesen Fällen: Wo kein Kläger, da kein Richter. Deshalb müssen wir als GewerkschafterInnen und als Betriebsrätnnen bestmögliche Aufklärungsarbeit leisten und die KollegInnen animieren, uns derartige Fälle zur Kenntnis zu bringen, um rechtlich dagegen vorgehen zu können. ■

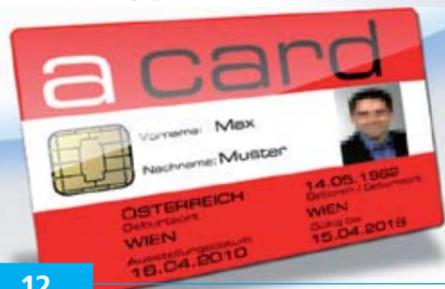
### Rot-Weiß-Rot-Card auch für Pflegepersonal

Österreichweit besteht ein sehr großer Mangel an qualifiziertem Pflegepersonal. Wie die Industrie dringend Facharbeiter sucht und auch dafür wirbt, braucht auch die Pflege Werbung bzw. das Ansprechen von jungen Menschen, sich für einen Pflegeberuf zu interessieren. Es sind alle Kraftanstrengungen zu unternehmen, damit die Rechtsträger die Ausbildungskapazitäten erhöhen. Gleichzeitig brauchen wir aber auch die Rot-Weiß-Rot-Card für qualifizierte Zuwanderung.

Seit 1. Juli 2011 kann diese Rot-Weiß-Rot-Card umgesetzt werden. Mit dieser Card ist Österreich Vorreiter in Europa. Die Rot-Weiß-Rot-Card betrifft ausschließlich Dritt-Staatsangehörige und daher Nicht-EWR (EU)-Bürger, da diese für Österreich bereits einen freien Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt haben. Ausgenommen sind Bulgarien und Rumänien. Diese Länder haben erst ab 2014 den Zugang. Es können interessierte Pflegekräfte aus Drittstaaten anhand objektiver Kriterien wie Qualifikation, Sprachkenntnisse, Berufserfahrung oder Alter unmittelbar erkennen, ob und unter welchen Voraussetzungen zugewandert werden kann.

Die Pflegeberufe erwarten sich von der Rot-Weiß-Rot-Card, dass qualifizierte Fachkräfte aus Drittstaaten für einen Pflegeberuf in Österreich interessiert werden können.

Es ist mir ein Anliegen, dass wir mehr Pflegepersonal bekommen. “



## Was braucht das Gesundheitswesen?

Christine Vierhauser

Wir, das Personal, werden überall als größter Kostenfaktor im Gesundheitswesen beschrieben.

Wir brauchen Reformen! Wir brauchen einen Krankenanstalten-Plan! Wir brauchen Forschung, Innovation, Fachwissen, Studium und Leistung. Die Kosten explodieren. Wir werden älter.

Leistungsdruck, weniger Personal und steigende Patientenzahlen sind Fakten. Outsourcing, Leasingpersonal und Fremdpersonal sind ganz modern.

Stolz präsentieren die Verantwortlichen Leistungskataloge. Darin werden jedes Jahr steigende Leistungen abgebildet. Wir haben es wieder geschafft, freuen sich die Manager. Mehr Operationen, mehr Patienten und kürzere Verweildauer. Das sind die heutigen Schlagworte.

Ich hatte einen Traum. Vor 32 Jahren, als ich meine Tätigkeit in der Krankenpflege begonnen habe, war es mein Ziel Menschen zu helfen. Diesen Traum haben viele Menschen die sich dem Gesundheitswesen verschrie-

ben haben, auch heute noch. Die Realität holt viele rasch ein.

Rückenbeschwerden, Bandscheibenvorfälle, Burnout, Mobbing und Bossing das sind die Realitäten. Selber sind wir heute schnell zum Patienten geworden. Belastungen wie Nachtdienst, schweres Heben und Dienste bis zu 72 Stunden pro Woche werden nicht gesehen. Nur die Kosten spielen für Manager und Politik eine Rolle.

In welchem Beruf gibt es bis zu 72 zu leistende Stunden in einer Woche? Wir sind ein Kostenfaktor, ja, aber noch viel mehr sind wir ein (Dienst-)Leistungsfaktor.

Ich weiß was wir brauchen! Wir brauchen „Zeit“. Zeit um zu pflegen. Zeit um zu behandeln. Zeit für die Menschen, die sich uns anvertrauen. Wir brauchen Zeit für unsere Patienten. Zeit für Beziehungen. Wir brauchen auch mal Zeit für uns, um uns mit KollegInnen auszutauschen, um Erlebtes verarbeiten zu können. Die Liebe zu unseren Patienten, die Liebe zum Menschen macht uns aus. Wir brauchen Zeit um diese Liebe auch geben zu können. ■

Freundlichkeit in Worten schafft Vertrauen.  
Freundlichkeit im Denken schafft Tiefe.  
Freundlichkeit im Geben schafft Liebe.

Zitat: Lao-Tse

## Johann Hable in Vorarlberg

Eugen Waibel

Der Vorsitzende der GÖD BV9 Johann Hable machte einen Überraschungsbesuch im Landeskrankenhaus Rankweil und traf dort den Landesvorsitzenden Eugen Waibel und dessen Stellvertreter Gerhard Hipp. Diskutiert wurde über die Situation der Pflege in Vorarlberg und in der Psychiatrie vor Ort. Dass es immer schwieriger wird, junge Menschen für die Krankenpflege und eine fundierte Ausbildung zu begeistern, ist kein speziell für Vorarlberg geltendes Phänomen – umso größer müssen die Anstrengungen sein, den Pflegeberuf in allen Belangen wieder attraktiver und eine entsprechende Ausbildung interessant zu machen. ■



Besuch in Vorarlberg: Gerhard Hipp, Johann Hable und Eugen Waibel (von links)



**Wolfgang Thalner**  
Vorsitzende der ARGE-FGV für Gesundheits- und Sozialberufe Landesvorstand Kärnten

### Arbeitsverfassungsgesetz – Lohn- u. Sozialdumpinggesetz

Mit der Novelle des Arbeitsverfassungsgesetzes und dem neuen Lohn- und Sozialdumping-Gesetz kam es zu einigen Änderungen im Bereich Arbeitsrecht.

#### Arbeitsverfassungsgesetz Kündigung

Musste bisher der Betriebsrat fünf Tage zuvor von der Kündigungsabsicht informiert werden, wurde diese Frist nun auf eine Woche verlängert.

Weiters wurde auch die Frist für die Anfechtung einer Kündigung durch den Arbeitnehmer von einer auf 2 Wochen erweitert.

Bei Arbeitnehmern, die zum Zeitpunkt ihrer Einstellung das 50. Lebensjahr überschritten haben, sind Kündigungsanfechtungen wegen Sozialwidrigkeit erst bei Vollendung des zweiten Beschäftigungsjahres zulässig.

#### Wahlrecht Betriebsrat und Jugendvertrauensrat

Das passive Wahlrecht bei der Betriebsratswahl wurde von 19 Jahren auf das vollendete 18. Lebensjahr herabgesetzt. Das Wahlalter zur Wahl des Jugendvertrauensrates wurde, sowohl für das aktive als auch für das passive Wahlrecht, auf 21 Jahre angehoben.

#### Lohn- und Sozialdumping-Gesetz

Eine weitere Änderung im Bereich Arbeitsrecht ist das beschlossene Lohn- und Sozialdumping-Gesetz. Ab 1. 5. 2011 ist Unterentlohnung eine strafbare Handlung. Jeder Arbeitgeber, der seine Arbeitnehmer unter dem Kollektivvertrag bezahlt, macht sich strafbar. Die Verwaltungsstrafen für dieses Delikt betragen zwischen 1.000 und 50.000 Euro. “

## Krankenanstalt Rudolfstiftung in Wien: Interdisziplinäres Ernährungsteam

Susanne Schilling

**1999** wurde das Ernährungsteam im Auftrag der Qualitätskommission errichtet, um ernährungsmedizinische Probleme interdisziplinär zu lösen. Im Jahr 2000 erfolgte von der kollegialen Führung die Implementierung in den Klinikalltag.

### Die Ziele des Ernährungsteams sind:

- ein nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen interdisziplinär getragenes Ernährungsmanagement
- die Verbesserung des Ernährungszustandes von Risikopatienten
- die Ernährungstherapie als wichtigen Bestandteil des Gesamttherapiekonzeptes zu etablieren
- Standards für orale, enterale und parenterale Ernährung und für Homecare Management zu erarbeiten

Das Ernährungsteam fungiert als Plattform, um ernährungstherapeutisch schwierige Fälle im Konzil zu besprechen. Aus jeder



Abteilung der KA Rudolfstiftung wurde ein Vertreter/eine Vertreterin für das Ernährungsteam genannt, um auf diese Weise die erarbeiteten Standards und Regelungen besser umsetzen zu können.

Die Tatsache, dass nach den Ergebnissen des nutritionDay-Projekts 25% der stationären Patienten mangelernährt sind, hat uns zu unserem derzeit laufenden Projekt gebracht:

### Notwendigkeit von Nüchternphasen

- 1) bei Untersuchungen im Zentralröntgen in der Endoskopie
- 2) bei Blutabnahme
- 3) peri- und postoperativ

Im ersten Schritt wurden mittels Fragebogen die Nüchternphasen der Patienten während des stationären Aufenthaltes erhoben. Im Ergebnis spiegelt sich wider, dass 25% der Patienten aufgrund der Aufenthaltsdauer, der Nüchternphasen und vor allem auch durch das teilweise hohe Durchschnittsalter ein hohes Mangelernährungsrisiko haben bzw. bereits mangelernährt sind. Die Nüchternheit vor Blutuntersuchungen macht den größten Anteil im Rahmen eines Aufenthaltes aus – wissenschaftlich fundierte Arbeiten gibt es dazu nicht. Als weiteren Schritt zur Verbesserung des Ernährungszustandes der Patienten ist eine Studie zur Notwendigkeit von Nahrungskarenzen vor Blutuntersuchungen geplant. Die Ergebnisse der Studie werden Ende 2011 erwartet.

### Fazit:

Für das Ernährungsteam der Krankenanstalt Rudolfstiftung ist das Thema „Ernährung“ in seiner Gesamtheit wichtig. Die Optimierung und Einführung von Standards nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen und auf Basis der Notwendigkeit aus der Praxis, schaffen wichtige Voraussetzungen, um den Ernährungszustand unserer Patienten zu verbessern.

## Lebensmittelenzyme in der EU

Dr. Sabine Stadler

Herstellungen, Anwendungen, Marktsituation und rechtliche Regelungen.

**D**erzeit sind 220 Lebensmittelenzyme – das sind Lebensmittelhilfsstoffe – auf dem Markt. 63 von 204 Lebensmittelenzyme stammen aus genetisch veränderten Mikroorganismen. Dieser Vorgang wird GVO (Gentechnisch veränderter Organismus) genannt. Die Europäische Kommission ist veranlasst, eine besondere Sorge um Lebensmittel mit GVO zu entwickeln, und das macht sie mit besonderen Verordnungen.

Die Verordnung betrifft Zusatzstoffe und Verarbeitungshilfsstoffe, die Textur sieht seit 2006 eine Kennzeichnungspflicht, Risikoabschätzung und eine Zulassung durch das EU-Lebensmittelrecht vor. Prinzipiell haben die EU-Mitgliedstaaten dies als einen Fortschritt begrüßt, gleichzeitig wurde

2010 ein ExpertInnengutachten eingeholt, die GVO überhaupt zu verbieten. D.h. es darf keine GVO auf dem Markt geben oder mit Enzymen vertrieben werden. Das ExpertInnengutachten sieht Ausnahmen bei dem Schutz der öffentlichen Ordnung, beim Schutz von menschlicher Gesundheit und bei zwischenstaatlichen Abkommen vor, die keine Abweichung erlauben. Was denken Sie, wenn Sie GVO lesen und nicht wissen, was im Mais oder in den Erbsen drin ist? Dann heißt es Kontrolle anrufen und die Lebensmittel vernichten.

Literatur: BMG (2011): Lebensmittelenzyme in der EU. Wien, 2011  
BMG (2011): ExpertInnengutachten. Wien, 2011.

## Büchertipps



Christian Prager  
**Praxiskatalog zur Ausbildung in der Pflegehilfe**  
108 S.; Verlag Maudrich; € 16,90  
ISBN 978-3-85175-934-1

Die praktische Ausbildung in der Pflegehilfe erfordert eine strukturierte Vorgabe, welche der vorliegende Praxiskatalog bietet. Sein Ziel ist es u.a., als Instrument zur Qualitätssicherung in der Ausbildung zu dienen und einen Leitfaden für grundlegende Pflegefertigkeiten und Qualifikationen in den verschiedenen Dimensionen pflegerischen Handelns im Zusammenhang mit Diagnostik und Therapie für Auszubildende und Ausbildungsstätten zu bieten. Zudem ist er Grundlage für ein einheitliches Beurteilungsschema in der praktischen Ausbildung. Der Praxiskatalog richtet sich an SchülerInnen und Lehrende der Pflegehilfeausbildungen.

Christian Prager ist Kommunikationselektroniker und Reisefotograf. Jahrelang bereiste er die Welt. Heute produziert er Reisemedien für Veranstalter, Fremdenverkehrsverbände und Luxushotels.



C. Redelsteiner, H. Kuderna, R. Kühberger, M. Baubin, E. Feichtlbauer, G. Prause, P. Lütgendorf, W. Schreiber (Hg.)  
**Handbuch für Notfall- und Rettungssanitäter**  
800 S.; Braumüller; € 49,90  
ISBN 978-3-7003-1775-3

Das ist das erste deutschsprachige Lehr-, Lern- und Nachschlagewerk mit praxis- und anwendungsorientierter Strukturierung nach primären Patientensymptomen am Notfallort.

- Erstellt von Profis aller Rettungsorganisationen sowie MedizinerInnen aller Universitätskliniken Österreichs
- Folgt internationalen Empfehlungen für Advanced Life Support
- Didaktisch aufbereitet mit in der Notfallmedizin einzigartigen Illustrationen, Abbildungen, Flussdiagrammen und Fallbeispielen

**Das Handbuch für Notfall- und Rettungssanitäter** dient als fundierte Grundlage für die Aus- und Fortbildung angehender SanitäterInnen und unentbehrliches Nachschlagewerk im täglichen Einsatz.

Diese und weitere interessanten Bücher finden Sie und sind zu bestellen unter:

[www.fgv.at](http://www.fgv.at)



## Termine



### BOYS DAY – Aktionstag für junge Männer

Das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz veranstaltet am Donnerstag, 10. November 2011 zum vierten Mal einen Österreich weiten BOYS' DAY, der Buben und männliche Jugendliche unterstützen soll, ein breiteres Feld an Berufen kennen zu lernen. Dazu gehören u. a. Tätigkeiten in Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen, Krankenhäusern, Sozial- und Gesundheitseinrichtungen. Informationen unter [www.boysday.at](http://www.boysday.at)

### „Gesund sein – Gesund werden – Gesund bleiben“

Die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, Kunst, Medien, Sport und freie Berufe (GdG-KMSfB) veranstaltet am 15. November 2011 (9:00 - 17:00 Uhr) im Rahmen des "Gesundheitsjahres 2011/2012 der GdG-KMSfB" für ihre Mitglieder eine Gesundheitsmesse im Festsaal des Wiener Rathauses.

Diese Aktion soll Führungskräften und MitarbeiterInnen Hilfestellung und Motivation bieten, konkrete Maßnahmen zur Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz umzusetzen bzw. das eigene Gesundheitsbewusstsein zu stärken.

### „Fit for Gender?!“

Donnerstag, 17. November 2011, 9-18 Uhr, im Wiener Rathaus

Es erwarten Sie spannende Vorträge von hochrangigen Referentinnen und Referenten.

Die Konferenz wird durch die Ärztekammer, den Berufsverband Österreichischer PsychologInnen (BÖP) und den Österreichischen Bundesverband für Psychotherapie als Fortbildungsveranstaltung anerkannt. Weitere Informationen und das Teilnahmeformular finden Sie unter [www.frauengesundheit-wien.at/konferenz](http://www.frauengesundheit-wien.at/konferenz)

### Tag der offenen Tür am Wilhelminenspital

Samstag, 19. November 2011 von 10 bis 15 Uhr

Schule für allgemeine Gesundheits- und Krankenpflege am Wilhelminenspital der Stadt Wien, 1160 Wien, Montlearstraße 37.

Aufnahmekriterien, Unterrichtsinhalte und -methoden, berufliche Fort- und Weiterbildung, Führungen durch die Schule und das Wohnheim. Info: Tel.: 01 - 49150/5008; E-Mail: [wil.kps@wienkav.at](mailto:wil.kps@wienkav.at)  
[www.wienkav.at/kav/ausbildung/allgemein/wil/](http://www.wienkav.at/kav/ausbildung/allgemein/wil/)

## GRATIS-Abo\*

für Mitglieder der Gewerkschaften GdG-KMSfB • GÖD • GPA-djp • vida

Senden Sie uns Ihren Kontaktdaten mit Namen, Postanschrift und Gewerkschaftszugehörigkeit per Mail an:

[karl.pretebner@gdg-kmsfb.at](mailto:karl.pretebner@gdg-kmsfb.at)

\*Das GRATIS-Abo ist gültig für 1 Jahr (4 Ausgaben)



## Information

# Aktuelle Themen, Termine und Informationen auf [www.fgv.at](http://www.fgv.at)

Auf unserer Homepage finden Sie nicht nur die aktuellen Themen in voller Länge, Termine und auch eine Vielfalt von Schulungsangeboten.



Besuchen Sie uns unter [www.fgv.at](http://www.fgv.at)

[www.volkshilfe.at](http://www.volkshilfe.at)

**volkshilfe.**  
solidarität leben



**PSK 90.175.000 BLZ 60000**

Ihre Spende ist steuerlich absetzbar. Spendenerlagscheine in allen Filialen von Bank Austria, BAWAG PSK und Post AG.



# EXKLUSIV FÜR AUSZUBILDENDE DER GESUNDHEITS- UND KRANKENPFLEGE.

Nutzen Sie das kostenlose Konto für die Dauer Ihrer Ausbildung.\*

- ▶ gratis Kontoführung\* inklusive Buchungen
- ▶ gratis Maestro Bankomatkarte
- ▶ inklusive eBanking per Internet und Telefon und attraktiven Zinsen

**JETZT  
ZUGREIFEN!**



Nähere Informationen erhalten Sie bei Ihrem Mobilen Berater  
**Andreas Riffnaler**  
Telefon 0676 / 8998 810 34  
[andreas.riffnaler@bawagpsk.com](mailto:andreas.riffnaler@bawagpsk.com)

[www.betriebservice.at](http://www.betriebservice.at)

**BAWAG  
PSK  
Betriebsservice**

\*) Auszubildende der Gesundheits- und Krankenpflege erhalten für die Dauer Ihrer Ausbildung exklusiv die Konditionen des BAWAG P.S.K. Studentenkontos. Voraussetzung für die gratis Kontoführung beim Studentenkonto ist ein positiver Kontostand, bei Inanspruchnahme der Einkaufsreserve wird neben den Zinsen ein Kontoführungsentgelt von € 3,28/Quartal verrechnet. Stand: 7.3.2011; Änderungen vorbehalten. Gilt nicht in Verbindung mit anderen Aktionen.

BETRIEBSSERVICE